

4. Mehr Anschlussmöglichkeiten für Schulabgänger

Antrag des Regierungsrates vom 6. Oktober 2021 und Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 6. Dezember 2022

Vorlage 5765

Christoph Ziegler (GLP, Elgg), Referent der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Das Postulat lud den Regierungsrat ein, Möglichkeiten aufzuzeigen und Massnahmen zu treffen, wie Unternehmen unterstützt werden können, welche sich trotz Corona-Krise (*Covid-19-Pandemie*) für die Berufsbildung engagieren; ein Postulat, das vor gut drei Jahren im Rat überwiesen wurde und das noch vorletztes Jahr, nämlich 2022, in der Kommission abgeschlossen wurde. Seither dümpelt diese Vorlage auf der Traktandenliste herum.

Die Rahmenbedingungen haben sich selbstredend seit der Einreichung des Postulats deutlich verändert. Die Arbeitgeber haben während der Corona-Krise ihre Verantwortung wahrgenommen und alles darangesetzt, das Angebot an Lehrstellen aufrechtzuerhalten. Die Schulen und Berufsinformationszentren haben gute Arbeit geleistet. Die zuständigen Ämter, MBA (*Mittelschul- und Berufsbildungsamt*), VSA (*Volksschulamt*) und AJB (*Amt für Jugend und Berufsberatung*) haben zielführende Massnahmen ergriffen. Die Angebote, welche mit Mitteln aus dem Berufsbildungsfonds gespiesen werden, haben gegriffen. Der Rat hat zudem über ein Zusatzpaket von 25 Millionen Franken in der Berufsbildung entschieden, welches über die Corona-Krise hinaus weiterlaufen soll. So sollten wir auch vorbereitet sein, wenn in einigen Jahren immer mehr Schulabgänger auf den Lehrstellenmarkt strömen werden. Die Massnahmen greifen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in der Schweiz unter 3 Prozent, damit sind wir Weltmeister. Unser System in der Berufsbildung ist krisenresistent, es funktioniert gut, auch wenn man – wie immer natürlich – das eine oder andere noch optimieren kann.

Die KBIK nahm am 6. Dezember 2022 den umfangreichen Bericht wohlwollend zur Kenntnis und empfiehlt einstimmig die Abschreibung der Vorlage.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Besten Dank, bitte versuchen Sie nicht am Anfang jedes Traktandums in einen Riesenlärm auszubrechen, es ist jetzt das dritte Mal, dass ich am Anfang des Traktandums für Ruhe klingeln muss; Gespräche bitte draussen.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Wir möchten der Regierung und der Verwaltung für die pragmatischen Lösungen für Schulabgänger während der Corona-Phase herzlich danken. So konnte mittels moderner Technologie auf die Situation reagiert werden und es hat sich gezeigt, dass es Hand in Hand besser geht, als wenn nur der Staat das Sagen hat. Wie im Bericht aufgezeigt, haben das MBA, der Kantonale Gewerbeverband und das AJB gut zusammengearbeitet. Einige Branchen haben auch selbst eigene Produkte lanciert, da auch sie wussten, dass unsere jungen Menschen abgeholt werden müssen. Hierzu wäre es gut, wenn sich

jeder Kantonsrat und jede Kantonsrätin die eidgenössische Gesundheitsbefragung 2020 zu Gemüte führte. Hier werdet ihr sehen, dass trotz allem nicht alles rosig ist.

Die finanzielle Unterstützung und pragmatische Vorgehensweise durch den kantonalen Berufsbildungsfonds und den Lotteriefonds möchten wir gerne auch positiv würdigen. Details entnehmen Sie bitte dem Bericht und Antrag 5765 des Regierungsrates. Für eine zukünftige hoffentlich nie wieder eintretende herausfordernde Situation ist der Kanton Zürich gut gerüstet. Wir werden das Postulat abschreiben.

Harry Robert Brandenberger (SP, Gossau): Nun können wir auch in der Bildungsdirektion langsam die Pandemie hinter uns lassen und uns in der Vergangenheitsbewältigung üben. Das hier abzuschreibende Postulat scheint doch etwas aus der Zeit gefallen zu sein, es kann getrost abgeschrieben werden.

Trotzdem möchte ich der Bildungsdirektion für den Bericht bestens danken, zeigt er doch Anstrengungen des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes auf, die über die Zeit der Pandemie hinausgehen. Unser duales Bildungssystem ist ein Erfolgsmodell und soll entsprechend hochgehalten werden. Beim gymnasialen Weg muss wohl nicht besonders motiviert werden, sondern gezielt, wie das zum Beispiel das Projekt «ChagAll» macht. Bei der Berufslehre ist hier eher Bedarf ausgewiesen und das Postulat zeigt auf, wie die entsprechenden Mittel eingesetzt werden. Ausserdem möchte ich die grosse Anzahl Lehrbetriebe erwähnen, die das Rückgrat des dualen Bildungssystem bilden. Ohne sie wären wir in einer prekären Lage. Sie leisten viel in unserer Bildungslandschaft. Es scheint langfristig auch unternehmerisch aufzugehen. Umso wichtiger ist es, auch ausländische Firmen, die sich hier ansiedeln, in unser duales System einzubinden und sie mit Zuckerbrot und Peitsche zu gewinnen, ebenfalls Lehrstellen anzubieten.

Alexander Jäger (FDP, Zürich): Zum Glück haben sich die Rahmenbedingungen seit dem Einreichen des Postulats stark verbessert. Erstens hat die Corona-Pandemie deutlich weniger Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen als erwartet, somit wurde das Lehrstellenangebot nicht tangiert. Und zweitens zeigen die Zahlen der Postulatsantwort auf, dass die Unternehmen sogar Lehrstellen geschaffen haben. Die Kennzahl der Lehrstellen war im Juni 2020 um fast 10 Prozent höher als 2019, es wurden also sogar Lehrstellen geschaffen. Trotzdem muss man darauf hinweisen, dass für die Unternehmen die Situation herausfordernd war. Home-Office und Team-Aufteilung sind nicht ideal für Schnupperlehren. Die Massnahmen des Kantons, die Zusammenarbeit mit den Berufsinformationszentren und den Organisationen der Arbeit waren sehr nützlich, wie zum Beispiel die virtuellen Lehrstellenmärkte. Aber ein virtueller Lehrstellenmarkt kann einen Vor-Ort-Stellenmarkt nicht ersetzen. Das zeigt sich auch jetzt: Die Berufsmesse vor Ort musste nicht abgeschafft werden, sie ruft nach wie vor grosses Interesse bei den interessierten Schülerinnen und Schülern hervor.

Trotzdem möchte ich noch darauf hinweisen, was unser Fraktionsmitglied Christian Müller in der Kommission sagte: Es gibt schon ein Problem und das ist, dass

die Schnupperlehren meistens zur gleichen Zeit durchgeführt werden müssen, weil die Schulen Schnupperwochen haben. Das überfordert die Lehrbetriebe und da sollte man sich überlegen, ob man es nicht ein bisschen flexibler machen kann und die Schülerinnen und Schüler für Schnupperlehren freie Tage erhalten könnten. Wir schreiben aber das Postulat ab.

Urs Glättli (GLP, Winterthur): Der Regierungsrat hat geliefert. In einem ausführlichen Bericht wurde dargelegt und aufgezeigt, was alles gemacht wurde, um die inzwischen überwundene Krise aufzufangen. Das AJB hat die bereits vorhandenen Werkzeuge genutzt und vieles digital ermöglicht. Auch die Berufsinspektoren wurden gestärkt, etwas, das hier drin schon mehrfach gefordert wurde. Und auch das Verhältnis Lernende–Inspektoren wurde korrigiert. Es hat sich gezeigt, dass das auch für die Zukunft sinnvoll ist, da Lernende, die abbrechen, besser begleitet werden und so eher Anschlusslösungen gefunden werden. Und noch viel wichtiger, es kann so oft ein Abbruch verhindert werden. Die Grünliberale Fraktion dankt Verwaltung und Direktion für den Bericht. Wir schreiben ab.

Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen): Während der Corona-Krise hatte sich für Jugendliche der Übergang in die Arbeitswelt, der an sich schon herausfordernd ist, noch verschärft. Es ist erfreulich, wie alle Beteiligten während Corona auf die schwierige Situation bezüglich Lehrstellensuche schnell reagiert und das Beste daraus gemacht haben. Dazu gehörten virtuelle Informationsveranstaltungen, Online-Beratungsmöglichkeiten und weitere Unterstützungsmassnahmen für Schülerinnen und Schüler in schwierigen Situationen. Schnupperlehren konnten natürlich nicht in normalem Umfang durchgeführt werden, was für die Jugendlichen, aber auch für die Betriebe eine grosse Herausforderung war. Wir sind deshalb froh, dass der Lehrstellenmarkt während der Pandemie trotzdem stabil blieb; dies auch dank dem Einsatz aller Beteiligten, vielen Dank. Es zeigte sich aber auch, wie wichtig der zwischenmenschliche Kontakt ist und dass digitale Mittel unter normalen Umständen nur ergänzend zum persönlichen Kontakt eingesetzt werden sollten, um den bestmöglichen Unterstützungsservice für die Jugendlichen sicherzustellen. Wir schreiben das Postulat ab.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Das vorliegende Postulat wurde, wie erwähnt, während der Corona-Pandemie eingereicht. Die Pandemie hat den Jugendlichen in unserem Kanton den ohnehin anspruchsvollen Übergang von der Schule in die Arbeitswelt zusätzlich erschwert. Die Schulen, die Lehrbetriebe und auch die Bildungsdirektion waren besonders gefordert, um die Jugendlichen bestmöglich in dieser schwierigen Zeit zu begleiten. Wir mussten damals rasch Massnahmen ergreifen, um unseren Jugendlichen trotz der Corona-Einschränkungen einen guten Berufswahlprozess zu ermöglichen und einen guten Übergang in die Arbeitswelt zu schaffen. Heute kann ich sagen: Das ist uns gelungen, das ist ein grosser Erfolg und ich freue mich sehr darüber. Das duale Bildungssystem hat sich als belastbar

und flexibel erwiesen. Die Zusammenarbeit der kantonalen Ämter und des Berufsbildungsfonds hat gut funktioniert und es konnten rasch gezielte Massnahmen für die Jugendlichen und die Lehrbetriebe bereitgestellt werden.

Besonders erfreulich ist, dass das Lehrstellenangebot auch während der Pandemie auf dem Niveau der Vorjahre gehalten werden konnte. Wenn man sich in Erinnerung ruft, wie schwerwiegend die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie für viele Branchen und Betriebe waren, ist das eine grossartige Leistung unseres Berufsbildungssystems. Dafür danke ich allen Lehrbetrieben.

Ich bitte Sie, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des dringlichen Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das dringliche Postulat KR-Nr. 436/2020 ist abgeschlossen.

Das Geschäft ist erledigt.